Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Durlacher Tagblatt. 1920-1964
# 1932

216 (15.9.1932)

Visual Library

# Durlacher Tageblatt

**(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.**

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

**Nr. 216** — **Donnerstag, den 15. September 1932** — **104. Jahrgang**


## Kurze Tagesübersicht

**Die politische Lage in Berlin hat sich noch nicht voll geklärt, obwohl ein Rückzug der Parteien deutlich wird. Der Ueberwachungsausschuß will allerdings zunächst die Vorgänge in der letzten Reichstagssitzung untersuchen.**

*

**Der Reichspräsident hat an den Reichsinnenminister einen Erlaß über die Ertüchtigung der Jugend gerichtet.**

*

**Am Freitag findet im Reichsarbeitsministerium mit Vertretern der Länder eine Besprechung über die Steuergutscheine statt.**

*

**Die Reichsbank hat mit der jugoslawischen Nationalbank ein Clearing-Abkommen geschlossen.**

*

**In Finanzkreisen rechnet man mit einer Diskontsenkung von 5 auf 4 Prozent.**

*

**England sucht in der Abrüstungsfrage eine Kompromißformel zu finden.**

*

**Der Staats- und Völkerrechtslehrer Professor Heilborn in Breslau ist, 74 Jahre alt, gestorben.**

*

**Der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung beschäftigte sich in seiner Mittwochsitzung weiter mit der Rechtsgültigkeit der im Reichstag vorgenommenen Abstimmung und beschloß die Errichtung eines Untersuchungsausschusses, der als Zeugen über die Vorgänge in der letzten Reichstagssitzung den Reichskanzler, Staatssekretär Planck, den Reichsinnenminister, den Reichstagspräsidenten, die Schriftführer und sonstige Personen vernehmen soll, deren Anhörung ihm zweckdienlich erscheint.**

*

**Am Freitag finden im Reichsarbeitsministerium Besprechungen der Reichsregierung mit den Ländern über das Prämienscheinsystem aufgrund der letzten Verordnung und über die Festlegung der dazu notwendigen Ausführungsbestimmungen statt.**

*

**Der Berliner Polizeipräsident hat die „Berliner Volkszeitung" auf sieben Tage wegen eines Artikels, in dem dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung der Vorwurf des Verfassungsbruches gemacht wurde, verboten.**

## Verschärfung der Lage?

**Berlin, 14. Sept. Das vom Zentrum im Ueberwachungsausschuß mit den Nationalsozialisten erstrebte Kompromiß ist zunächst nicht zustande gekommen. Im Verlauf der Ausschußsitzung hat sich dann eine wesentliche Verschärfung der Situation dadurch ergeben, daß aus der Mitte des Ausschusses beantragt wurde, den Ausschuß als Untersuchungsausschuß zu konstituieren und den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Staatssekretär der Reichskanzlei, den Reichstagspräsidenten und die Schriftführer als Zeugen zu laden, um eine Aufklärung der Vorgänge in der Reichstagssitzung vom 12. September herbeizuführen. Der Ausschuß wurde vertagt bis zur Drucklegung des Antrages.**

**Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages konnte sich am Mittwoch nicht ganz einigen über die Auffassung der Vorgänge in der letzten Reichstagssitzung. Das Zentrum hatte beantragt, daß die Abstimmung auf Aufhebung der Notverordnungen und Entziehung des Vertrauens keine staatsrechtliche Wirkung habe, weil inzwischen der Reichstag aufgelöst war. Damit waren die Nationalsozialisten nicht einig, sie hielten daran fest, daß die Regierung auf Grund der Abstimmung zurücktreten müßte. Darauf beantragte die Bayerische Volkspartei die Einsetzung einer Untersuchung der Vorgänge.**

### Vermehrung der Arbeitsgelegenheit

**Berlin,** 14. Sept. Der Reichsarbeitsminister hat zur Durchführung und **Ergänzung der Verordnung** zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 Vorschriften vorbereitet, die **voraussichtlich am 15. September bekanntgegeben werden.** Da diese Vorschriften für die Berechnung der Arbeitnehmerzahl und der Höhe der zulässigen Unterschreitungen der Tariflöhne von wesentlicher Bedeutung sind, wird es notwendig sein, daß die Betriebe vor weiteren Schritten den Erlaß der **Durchführungsvorschriften** abwarten.

# Erlaß des Reichspräsidenten

**Berlin,** 14 Sept Die Pläne, welche schon seit langem nach der Richtung bestanden, die mannigfaltigen Vereinigungen, welche sich der körperlichen Ausbildung der Jugend widmen, zu gemeinsamer Arbeit zusammenfassen, haben nunmehr ihren organisatorischen Abschluß gefunden. Der Herr Reichspräsident hat unter dem 13. September 1932 folgende von dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Reichsminister des Innern gegengezeichneten **Erlaß an den Reichsminister des Innern** gerichtet:

**„Die deutsche Jugend ist die Zukunft unseres Volkes. Seit Jahren habe ich daher mit besonderer Anteilnahme alle Bestrebungen verfolgt, die ihrer körperlichen Ertüchtigung galten. Die Stählung des Körpers, die Erziehung der Jugend zur Zucht, Ordnungsliebe und Kameradschaft und zur Opferbereitschaft für die Gesamtheit sind Aufgaben, deren sich anzunehmen der Staat die Pflicht hat.**

Ihre Lösung wird in der Zusammenarbeit mit allen Vereinigungen verschiedenster Art erfolgen können, die schon bisher sich diesem Werk an der deutschen Jugend gewidmet haben, und denen ich für diese Arbeit danke.

**Um für die Zukunft alle Kräfte, denen die körperliche Ertüchtigung der deutschen Jugend am Herzen liegt, zu gemeinsamer und einheitlicher Arbeit zusammenzufassen, berufe ich hiermit ein Reichskuratorium für Jugendertüchtigung.**

Ich bestelle den Reichsminister des Innern zu seinem Vorsitzenden und den General der Infanterie a. D. Edwin von Stülpnagel zum geschäftsführenden Präsidenten.

Ich beauftrage den Reichsminister des Innern, geeignete Persönlichkeiten, die auf diesem Gebiete besondere Erfahrungen besitzen, als Mitglieder des Kuratoriums zu berufen, mir die Satzungen zur Genehmigung vorzulegen und alle Maßnahmen zur Durchführung dieses Erlasses im Benehmen mit den sonst beteiligten Reichsministerien zu treffen.

(gez.) von Hindenburg.
(gez.) von Papen.
(gez.) Freiherr von Gayl.

Das mit diesem Erlaß berufene Reichskuratorium für Jugendertüchtigung soll nicht in die Freiheit der bereits bestehenden Verbände eingreifen oder zu den Stellen, welche die **Förderung von Turnen und Sport** sich schon bisher zur Aufgabe gemacht haben, in irgend welchem Gegensatz treten. In dem neuen Reichskuratorium für **Jugendertüchtigung** sollen vielmehr Vertreter derjenigen Verbände zusammengefaßt werden, die — mögen sie auf beruflicher oder politischer oder konfessioneller Grundlage organisiert sein —, daneben aber der körperlichen Ausbildung der Jugend ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt haben, oder in Zukunft zuwenden werden. Diesen Verbänden soll ihre Arbeit vor allem dadurch erleichtert werden, daß geeignete Lehrkräfte herangebildet werden, die in der Lage sind, eine auch wirklich wertvolle Ausbildung zu vermitteln. **Allgemeine Leibesübungen, Sport und Turnen sollen in den dafür bestehenden Vereinen selbstverständlich weiter betrieben werden.** Durch das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung soll hauptsächlich die Sportart gefördert werden, für die sich der Ausdruck „Geländesport" eingebürgert hat, d. h. diejenige sportliche Betätigung, die den jungen Mann aus den Turnhallen und von den Sportplätzen hinausführt in das freie Gelände, wo er in Wanderungen, in Ordnungsübungen und Geländespielen seinen Körper stählen und zur Willensstärke, Ausdauer, Selbstbeherrschung, Kameradschaftlichkeit und Opferbereitschaft erzogen, wo seine Liebe zum gemeinsamen Vaterland und zum Boden der Heimat gestärkt werden soll.

Das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung, an dessen Spitze der Reichsminister des Innern steht, wird seine Absichten und Pläne im engen **Einvernehmen mit den Landesregierungen** durchführen. Die Vertreter der Landesregierungen werden vom Reichsminister des Innern als Mitglieder des Kuratoriums berufen werden.

Wie wir erfahren, ist der zum geschäftsführenden Präsidenten des Reichskuratoriums berufene General der Infanterie, Edwin von Stülpnagel, zuletzt Kommandeur des Wehrkreises 4 in Dresden gewesen.

## Die Reichsregierung zur Rechtslage

**Berlin,** 14. Sept. Der **Reichstagspräsident** hat in der Sitzung des Reichstages vom 12. September unter Nichtachtung der Vorschriften der Verfassung und der Geschäftsordnung die Verlesung der von dem Herrn Reichspräsidenten erlassenen Auflösungsverordnung verhindert. Er hat heute dem Reichskanzler mitgeteilt, daß nach seiner Auffassung die Auflösung des Reichstages erst nach der Abstimmung wirksam geworden sei. Ebenso hat der Ausschuß für Wahrung der Rechte der Volksvertretung die Rechtsgültigkeit der Abstimmung des Reichstages behauptet. **Diese Auffassung erkennen der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung nicht an.**

Darüber, an welchem Zeitpunkt die Auflösung des Reichstages erfolgt, entscheidet lediglich der Herr Reichspräsident. Die Auflösung kann entweder durch Verlesung der Verordnung vor dem Reichstag oder durch ihre Zustellung an den Reichstagspräsidenten erfolgen. Mit dem Augenblick dieser Zustellung wird die Auflösung wirksam. Sie kann in ihrer Wirksamkeit nicht von dem Belieben des Reichstagspräsidenten abhängig gemacht werden.

Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, mit den nach Artikel 35 der Verfassung bestellten Ausschüssen zu verhandeln. Sie muß aber, bevor sie in diese Verhandlungen eintritt, völlige Klarheit darüber haben, daß die noch vorhandenen Organe des Reichstages der sechsten Wahlperiode, das sind das Reichstagspräsidium und die beiden nach Artikel 35 der Reichsverfassung bestellten Ausschüsse, die von dem Herrn Reichspräsidenten vor den Abstimmungen beschlossene Auflösung des Reichstages und die darüber hinaus für die Reichsregierung sich ergebende staatsrechtliche Stellung anerkennen.

Ohne diese Anerkennung ist die Einladung an die Reichsregierung, vor dem Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung sowie vor dem Auswärtigen Ausschuß zu erscheinen, auch in sich widerspruchsvoll. Wäre der Beschluß des Reichstages rechtswirksam, welcher der Reichsregierung das Vertrauen entzieht, so wäre diese nur noch zur einzigen Amtshandlung verfassungsmäßig berechtigt, nämlich zu ihrer Demission. Sache des Herrn Reichspräsidenten wäre es dann, sie mit der Weiterführung der Geschäfte zu betrauen. Solange dies nicht erfolgt wäre könnte die Reichsregierung keine Amtshandlungen irgend welcher Art vornehmen. Sie könnte also die Politik des Reiches vor den genannten Ausschüssen nicht vertreten. **Solange der Reichstagspräsident und die Ausschüsse auf dem Standpunkt stehen, daß die Reichsregierung rechtmäßig gestürzt sei, können sie unmöglich verlangen, daß diese selbe Regierung vor den Ausschüssen erscheint.** Auch aus diesem Grunde muß die Reichsregierung darauf bestehen, daß der Reichstagspräsident und die Ausschüsse ausdrücklich zugeben, daß die am 12. September im Reichstag durchgeführten Abstimmungen nichtig sind. Dies Eingeständnis ist die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die Reichsregierung Vertreter in die beiden Ausschüsse entsendet.

Wenn der heute im ersten Ausschuß angenommene Antrag Wegmann **die Auflösung des Reichstages beanstandet,** weil es an einem konkreten Anlaß zur Auflösung fehle, wie er angeblich in Artikel 25 der Reichsverfassung gefordert werde, so ist darauf zu erwidern, daß Artikel 25 Absatz 1 die Auflösung völlig in das Ermessen des Herrn Reichspräsidenten stellt. Das geht unzweifelhaft aus seinem Wortlaut hervor, in dem keinerlei Vorschrift über den Charakter des Anlasses zur Auflösung gegeben wird.

Ebenso unbegründet ist die weitere Behauptung im **Antrage Wegmann,** daß die Auflösung gegen Artikel 48 Absatz 3 Satz 2 verstoße. Es ist selbstverständlich, daß der Reichspräsident befugt ist, den Reichstag an der konkreten Ausübung eines ihm im allgemeinen zustehenden Rechts durch Auflösung zu hindern, wenn diese Ausübung zu einer Gefährdung des Wohles des deutschen Volkes zu führen droht. Die Entscheidung, ob das der Fall ist, steht allein im Ermessen des Reichspräsidenten.

Im übrigen kann daran erinnert werden, daß der erste Reichstag der Deutschen Republik am 13. März 1924 durch den Reichspräsidenten Ebert mit folgender Begründung aufgelöst wurde: „Nachdem die Reichsregierung festgestellt hat, daß ihr Verlangen, die auf Grund der Ermächtigungsgesetze vom 13. Oktober und 8. Dezember 1923 ergangenen und von ihr als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen zurzeit unverändert fortbestehen zu lassen, nicht die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages findet, löse ich auf Grund des Paragraphen 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf." Der Tatbestand war genau der gleiche, wie am 12. September 1932. Auch damals handelte es sich darum, daß die Gefahr bestand, daß der Reichstag von seinem Recht zur Aufhebung von Verordnungen Gebrauch machte. Ebenso wenig wie am 12. September 1932 hatte damals vor der Auflösung eine Abstimmung stattgefunden. Die Auflösung wurde widerspruchslos anerkannt.

### Weiterer Briefwechsel

**Berlin,** 14. Sept. Im Laufe des Mittwochs sind bei der Reichsregierung noch **weitere Schreiben** eingegangen, die gemeinsam von dem **Reichstagspräsidenten Göring** und dem Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses, **Löbe,** unterzeichnet sind. Von diesem Schreiben ist eines gerichtet an den Reichspräsidenten und abschriftlich dem Reichskanzler zugeleitet, und ein weiteres Schreiben ist dem Reichsminister des Innern, Freiherrn von Gayl, übersandt worden. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, **beabsichtigt die Reichsregierung nicht, von sich aus diesen Briefwechsel fortzusetzen.** Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident abschließend in einem Schreiben zu den ganzen Ereignissen Stellung nehmen wird.

Für die künftige **Beteiligung der Reichsregierung an den Verhandlungen der beiden Ausschüsse** dürfte nach Ansicht der Reichsregierung nahestehender Kreise durchaus eine dem gestrigen Verlangen der Reichsregierung entsprechende Willenserklärung des Reichstagspräsidenten Göring genügen, da ja aus seinem Schreiben hervorgeht, daß er sich mit den Auffassungen des Ueberwachungsausschusses identifiziert hat.

Die Reichsregierung hat sich noch nicht mit der Frage des Termins der Neuwahlen beschäftigt; ebenso hat sie auch noch nicht zu der Frage Stellung genommen, die in den gestrigen Beratungen des Ueberwachungsausschusses angeklungen ist, daß nämlich nach der Verfassung die beiden ständigen Ausschüsse das Recht haben, sich als Untersuchungsausschüsse zu konstituieren und dann in dieser Eigenschaft die Mitglieder der Reichsregierung vorladen können.

*

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

### Das Fehlen der Höflichkeitsformel aufgeklärt.

T.U. **Berlin,** 14. Sept. Zu der Tatsache, daß der gestrige erste Brief des Reichstagspräsidenten an den Reichspräsidenten die übliche Höflichkeitsformel nicht enthielt, verlautet nunmehr, daß die Form dieses Briefes am heutigen Mittwoch Gegenstand einer Aussprache zwischen dem Direktor beim Reichstag und dem Staatssekretär des Reichspräsidenten war. Der Direktor beim Reichstag wies hierbei darauf hin, daß dieses Schreiben nicht als ein persönlicher Brief des Reichstagspräsidenten an den Reichspräsidenten, sondern als die amtliche Notifizierung eines Beschlusses eines Reichstagsausschusses anzusehen sei und daher in der für die Uebermittlung solcher Beschlüsse üblichen geschäftsmäßigen Form geschehen sei. Irgendeine Absicht sei daher in der formellen Abfassung des Schreibens nicht zu erblicken, im Gegenteil hätte der Reichstagspräsident zunächst das Fehlen der Höflichkeitsfloskeln bemängelt und erst nach der ihm gewordenen Mitteilung, daß dies die übliche Form sei, sich mit der Weglassung einverstanden erklärt. Der Reichspräsident hat von dieser Darstellung Kenntnis genommen und die Angelegenheit als erledigt bezeichnet.

## Aufruf Hugenbergs

**Berlin,** 14. Sept. Dr. Hugenberg hat im Namen der Deutschnationalen Volkspartei einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: Nicht persönlicher Ehrgeiz, nicht Parteigeist, nicht alte Grundsätze dürfen in dieser Stunde das nationale Deutschland leiten, sondern nur der Blick auf unsere heilige Sache, auf das in allen Wechselfällen eisern festgehaltene Ziel. Wir rufen alle nationalen Deutschen in Stadt und Land, die mit uns für die Befreiung von den Fesseln von Versailles, für Wehrfreiheit, für Brot und Arbeit, für christlich-deutsche Kultur und für die Zukunft unserer Kinder kämpfen. Ihnen allen sind unsere Tore weit geöffnet.

Wir wenden uns auch an unsere alten Bundesgenossen innerhalb der NSDAP. Den Youngplan haben wir zusammen leidenschaftlich bekämpft. Gegen die Schwarzen, gegen die Roten und gegen das System Brüning haben wir Schwüre ausgetauscht. Wir blieben uns treu. Es ist eine unbegreifliche Verirrung, wenn die nationalsozialistische Fraktion nicht nur die Hilfe des Zentrums, sondern sogar der Sozialdemokraten und Kommunisten und die Waffen des Parlamentarismus gegen das heutige Kabinett in Anspruch nimmt. Zu den Sachen, mit denen die Nationalsozialisten diesen blinden und wunderlichen Kampf führen, gehören viele alte marxistische Schlagwarte, darunter das Wort „Reaktion". Ist Reaktion die Reinigung des preußischen Staates? Ist Wehrfreiheit Reaktion? Ist Arbeitsbeschaffung Reaktion? Reaktion ist heute die Herrschaft der Parteien und der Bonzen. Solange das System von Weimar besteht, müssen wir Partei sein. Aber in dem Maße, in dem das Morgenrot eines organischen Volksstaates aufsteigt, fühlen wir uns als das, was wir im tiefsten Grunde sind, nämlich als die Träger der künftigen Volksgemeinschaft. Den jetzt kommenden Wahlkampf führen wir nicht als Partei, sondern als politische Armee des neuen Staates. Dieser neue Staat ist die heimliche Sehnsucht von Millionen, die heute noch in der Knechtschaft der Parteien gebunden sind.

## Führerbesprechung der Nationalsozialisten

**Berlin,** 14. Sept. Die nationalsozialistische Korrespondenz veröffentlicht über die am Dienstag mittag gehaltene Führerbesprechung einen Bericht in dem es u. a. heißt:

„In Berlin fand heute in Anwesenheit Adolf Hitlers eine nationalsozialistische Führertagung statt, an der neben dem Reichstagspräsidenten Göring auch die nationalsozialistischen Ministerpräsidenten mehrerer deutscher Länder sowie die Mitglieder der noch in Berlin versammelten nationalsozialistischen Reichstagsfraktion vollzählig teilnahmen. Nachdem Minister a. D. Dr. Frick einleitend die Bedeutung des gestrigen für die Regierung von Papen vernichtenden Mißtrauensvotums des deutschen Volkes hervorgehoben und Reichstagspräsident Göring über die Vorgänge im Reichstag und die sich daraus ergebenden verfassungsrechtlichen Folgerungen referiert hat, gab **Adolf Hitler die Richtlinien für die neue Phase des Kampfes bekannt,** in den die nationalsozialistische Bewegung mit dem gestrigen Tage eingetreten ist.

Die Regierung von Papen hat es in der Hand, auf welcher Ebene sie in diesem Kampf fechten will. Für welchen Staat und für welche Mittel sie sich aber entscheiden möge: die nationalsozialistische Bewegung fürchtet diesen Kampf nicht, denn auf ihrer Seite wird in jedem Falle nicht nur das Volk, sondern auch das Recht sein. Die NSDAP. wird allen Gegnern so entgegentreten, wie sie es nach ihren eigenen Gesetzen verdienen und erwarten müssen.

Jede Unterdrückung des legalen Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung wird zur Waffe, die sich gegen die Unterdrücker selbst richtet."

## Zentrum gegen die Regierung Papen

Der Reichsparteivorstand und die Reichstagsfraktion des Zentrums haben eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Am 4. Juni d. J. ist der Reichstag von der Reichsleitung mit der Begründung aufgelöst worden, daß er in seiner Zusammensetzung dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspreche. Am 12. September hat man ihn aufgelöst, weil, wie es heißt, „die Gefahr" bestand, daß der Reichstag die Aufhebung der erlassenen Notverordnung verlangte. In beiden Fällen waren Anlaß und Ziel gleich, der Wille zum Fortbestand einer Reichsregierung, die sich im Widerspruch zur Verfassung als „unabhängig" erklärte und in der Volksvertretung keinerlei Vertrauen hat. Das beweist unwiderlegbar das Ergebnis der entscheidenden Abstimmung im Parlament. Artikel 48 der Verfassung gibt dem Reichstage das Recht, verordnete Notmaßnahmen außer Kraft zu setzen. Das Auflösungsdekret vom 12. September hat dem Reichstag die Ausübung dieses Rechts unmöglich gemacht. Darum widerspricht diese Auflösung dem Sinne der Reichsverfassung. Die Regierung von Papen aber arbeitete tatsächlich gegen das Zusammenwirken der arbeitsbereiten Kräfte im Parlament. Ihr Bemühen ging dahin, den Reichstag von vornherein als arbeitsunfähig zu erklären und ihn arbeitsunfähig zu machen. Sie brauchte einen solchen Zustand, um ihre Daseinsberechtigung daraus herzuleiten. Verhandlungen des Herrn Reichskanzlers mit Vertretern breiter Volksgruppen im Parlament sind von ihm zu einem seltsamen Doppelspiel benutzt worden. Statt sie zusammenzuführen, spielte er die eine Gruppe gegen die andere aus.

Die Zentrumspartei hat sich mit beharrlicher Ausdauer um das Zustandekommen einer sachlich begründeten, arbeitsfähigen Grundlage im neuen Reichstage bemüht. Um dieses Ziel zu erreichen, war sie bereit, Fühlung zu nehmen mit jeder Partei, die den Gedanken positiver Zusammenarbeit verantwortungsbewußt bejahte.

Die Regierung von Papen hat ihren Willen durchgesetzt. Das ganze deutsche Volk wird die Folgen zu tragen haben, vor allem in wirtschaftlicher Beziehung, weil es einen dauernden Aufschwung des Wirtschaftslebens nur bei normalen und stabilen Verhältnissen geben kann. Die Schuld fällt auf diese Reichsregierung."

## Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Wehrfrage

T.U. **Berlin,** 14. Sept. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion teilt in einem Bericht über die am Mittwoch nachmittag abgeschlossenen zweitägigen Beratungen der politischen Lage mit, daß in den Verhandlungen zur Aktion der Reichsregierung in der Wehrfrage einstimmig eine Erklärung angenommen worden ist, in der es u. a. heißt: „Die Reichsregierung hält nun den Zeitpunkt für gekommen, für Deutschland die Freiheit zur Ausgestaltung seiner Wehrmacht zu beanspruchen. Die Sicherheit der Völker kann aber mit den Mitteln der militärischen Rüstung nicht erreicht werden. Insbesondere gilt dies für Deutschland angesichts seiner geographischen Lage und der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte der anderen Länder. Die Sozialdemokratie hält deshalb die wehrpolitische Aktion der Reichsregierung für verfehlt. Diese Aktion birgt die Gefahr in sich, daß sie den anderen den Vorwand zu einem uferlosen Wettrüsten gibt, das am meisten die Sicherheit Deutschlands gefährden und die Völker in eine Katastrophe führen müßte. Nur eine Außenpolitik, die auf die Verteidigung der Völker auf dem Boden allgemeiner Gleichberechtigung auf die Erhaltung des Friedens und die internationale Abrüstung gerichtet ist, bürgt für die wirkliche Sicherheit."

Weiter heißt es in der Erklärung: „Jeder Schritt im Sinne der deutschen Rüstungsnote, wie sie insbesondere durch zahlreiche Erklärungen des Reichswehrministers erläutert worden ist, birgt die Gefahr in sich, Deutschland in politische Isolierung zu führen, die Welt gegen Deutschland zusammenzuschweißen und das Versailler Diktat zu verewigen. Die Sozialdemokratische Fraktion protestiert mit aller Entschiedenheit gegen jede Entfesselung nationalistischer und militärischer Instinkte in allen Ländern, da sie darin eine Bedrohung der Freiheit der Arbeiterschaft und eine Gefährdung des Weltfriedens erblickt."

Nach dem Bericht hat am Schluß der Aussprache der Fraktionsvorsitzende, Abg. Dr. Breitscheid, noch darauf hingewiesen, daß in den Verhandlungen zwar Meinungsverschiedenheiten über die taktische Behandlung von einzelnen Fragen sich gezeigt hätten, daß aber niemals der Geist der Kameradschaftlichkeit verletzt worden sei.

## Teileinigung in Stresa

In den Verhandlungen des Wirtschaftsausschusses der Stresa-Konferenz ist ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Der in den letzten Tagen eifrig erörterte Plan, die **Vorschläge Deutschlands, Frankreichs und Italiens** miteinander in Einklang zu bringen und zu einer Zusammenfassung zwischen Vorzugszöllen und Beitragsleistungen zu kommen, ist von den Abordnungen der drei Staaten am Montag abend in privaten Besprechungen grundsätzlich gebilligt worden und von dem Führer der italienischen Abordnung, de Michelis der Versammlung der Käufer- und Verkäuferstaaten am Dienstag morgen vorgelegt worden. Ueber diesen Plan ist nun die allgemeine Aussprache des Wirtschaftsausschusses eröffnet. Sollten auch England, Holland und Belgien, ihr Einverständnis grundsätzlich erklären, dann wird der neue Plan dem Finanzausschuß zugeleitet werden müssen, der dann seinerseits über die schwierige Frage der Regelung der Beitragsleistungen, der Art der Zahlungen, der Verrechnung der Vorzugszölle usw. verhandeln wird. Da sich herausstellte, daß die Beitragsleistung der Käufer an die Ackerbaustaaten die Hauptrolle spielen wird, wurde im Finanzausschuß die Bildung eines Preisstützungsstocks besprochen; Frankreich und Belgien befürworten sie eifrig, England steht dem gesamten Plan (einschließlich der Vorzugszölle) bisher ablehnend gegenüber.

## Geständnis des Mörders Stark

**Berlin,** 14 Sept. Auf dem Anhalter Bahnhof ist aus Stuttgart der Polizeitransport mit dem Mörder der Frau Bruscato eingetroffen. Der Mörder, der 23 Jahre alte Friedrich Stark, hat den Polizeibeamten während der Eisenbahnfahrt ein umfassendes Geständnis abgelegt. Danach handelt es sich nicht, wie man zuerst annahm, um einen Lustmord, sondern um einen Raubüberfall, bei dem der Mörder an Bargeld kaum mehr als 5 RM. erbeutete.

Nach seiner Erzählung hat sich der Mord folgendermaßen zugetragen: Er sei zu Frau Carl-Bruscato gegangen unter dem Vorwand, er wolle ein Zimmer bei ihr mieten. Er habe erklärt, daß ihm das Zimmer gefalle, und die Vermieterin habe darauf eine Anzahlung von 5 RM. verlangt. Da er diese Zahlung abgelehnt habe, sei es zu einem Streit gekommen. Dabei beleidigte Stark Frau Carl-Bruscato. Diese habe ihm daraufhin ins Gesicht geschlagen. Nun habe er die Frau am Hals gepackt und gewürgt. Als ihn die Frau in den Finger gebissen habe, sei er vor Schmerz zusammengezuckt, und dabei habe er mit der Hand so fest zugedrückt, daß die Frau plötzlich umgefallen sei. Da er befürchtete, daß die Frau zu sich komme und um Hilfe schreien könne, habe er sie danach mit einem Stück Stoff erdrosselt. Nach der Tat will sich Stark sofort in das Zimmer des Untermieters begeben, sich dort umgezogen und einige Gegenstände, die ihm gerade in die Hand fielen, an sich genommen und dann die Flucht ergriffen haben. Die Kriminalpolizei ist der Ansicht, daß diese Aussagen Starks mit dem tatsächlichen Hergang der Tat sich nicht decken. Bei der Ankunft Starks sammelten sich vor dem Anhalter Bahnhof zahlreiche Menschen, und es wurden Verwünschungen gegen den Mörder laut. Die Polizei zerstreute die Ansammlung.

**„Haarglanz" macht die Frisur haltbar!** Er verleiht dem Haar Straffheit und Schmiegsamkeit zugleich. Dabei nimmt es Ondulation und Dauerwellen leicht an und hält ihre Form unverändert fest. „Haarglanz" erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond", die aufhellende Spezial-Sorte!

# Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.).

7)

Wortlos drückte er ihr die Hände. Dann setzten sie ihren Weg fort. Es war noch stundenweit bis zum Bahnhof Staudach, aber sie erreichten ihn vor Beginn des Wetters. Auf dem ganzen Weg war von Vidor nicht die Rede gewesen. Einmal stand Kerkhoff vor der Versuchung, Ursula von seiner gestrigen Begegnung mit dem Hinterhältigen zu berichten. Schließlich hatte er die Anwandlung unterdrückt. Das Mädel sollte um keinen Preis auf den Gedanken kommen, daß er Vidor in ihren Augen herabsetzen wolle, um sich selber in angenehme Erinnerung zu bringen.

Durch Blitz und Donner, Regen und Graupelwetter fuhren sie mit dem Marquartsteiner Bähnle nach Uebersee. Dort angekommen, hatte Ursula gleich Anschluß nach Bergen, von wo aus sie zu Fuß Adelholzen erreichen wollte. Doch das wußte Kerkhoff nicht.

Als der Zug schon einfuhr, fragte er in unerklärlicher Zudringlichkeit: „Fährst du nach Salzburg zurück, in die Arme des Geliebten?" Das sollte scherzhaft klingen.

Ursula nahm es nicht für Spaß. Die Hände mit einer sprechenden Bewegung hebend, sagte sie: „Ich bin nie Geliebte gewesen — das kannst du mir glauben!" Dann bestieg sie ihr Abteil und ließ sich nicht mehr sehen.

Kerkhoff stand im Trubel der ankommenden Sommergäste und hoffte noch immer, Ursula würde ihm einen Abschiedsgruß zuwinken. Aber nichts geschah.

Es regnete noch, während die Sonne schon wieder schien. Kerkhoff trat den Heimweg an. Das Bild der blonden Pagenköpfigen war so mächtig in ihm, daß er sich einen Schwur leistete: „Ursula muß die Meine werden, allen Gewalten zum Trotz!"

In einer kleinen Konditorei am Weg nahm er den Kaffee. Außer ihm war nur noch ein verliebtes Pärchen da, das mehr von der Liebe zehrte, als von dem süßen Schlagrahm.

Kerkhoff achtete nicht darauf. Er hatte sich die neuesten Zeitungen geben lassen, las von den letzten Abstürzen an der Fleischbank-Ostwand. Das wirkte elektrisierend.

. . . Ich will hin, dort oben entrinne ich mir selber . . .! nahm er sich vor.

Noch am Abend, als er weit hinaus in den See schwamm, klangen ihm die letzten Worte Ursulas in den Ohren: „Ich bin nie Geliebte gewesen, das kannst du mir glauben!"

Und er glaubte es ihr.

X.

Für die Reize des Klobensteinpasses hatte Vidor kein Auge. Mochte die Große Ache tief unten in ihrer Schlucht schäumen und rauschen, mochten die Vögel in den Laubkronen zwitschern und sich ihres Lebens freuen — für den Flüchtigen gab es nur ein Ziel: Den Feldberg am Wilden Kaiser. So schnell als möglich wollte er dort sein, um sich ein Alibi zu verschaffen . . .

Er hatte Glück. In Kössen erreichte er den Mittagskurswagen der Kraftpost nach Walchsee. Lachende und plaudernde Menschen saßen neben ihm. Er blieb finster und unnahbar. Nur fort!

Der Walchsee lag wie ein riesiger, polierter Aquamarin zwischen dem hellen Grün der Wiesen und träumte zum Himmel auf. Unter schattigen Bäumen saßen Sommerfrischler in den Wirtsgärten beim Mittagsmahle. Vidor ließ sich keine Zeit zum Essen, er kaufte sich etwas Rohkost und verspeiste sie beim Anstieg über die Höhen südlich vom See.

Durch das Habersauertal erreichte er die Hochalm und kam endlich stöhnend vor Durst am Stripsenjochhaus an. Hier war alles überfüllt. Junge, stämmige Bergsteigergestalten saßen an den Tischen, erzählten von Abenteuern und Fahrten oder sangen mit frischen Stimmen zu Lautenklängen. Dazwischen gab es eine Unzahl von Jochfinken, die sich nicht satt sehen konnten an den gigantischen, überwältigenden Felsmajestäten des Wilden Kaisers.

Und in dieses Bergvölkchen hinein platzte die von Kletterern zu Tal gebrachte Schreckenskunde:

Trotz der Warnung des Hüttenwirtes von der Gruttenhütte hatten drei Touristen den Aufstieg nach dem Kopftörlgrat fortgesetzt. Am zweiten Turm waren sie bereits von einem Unwetter überrascht worden. Sie kletterten weiter, obgleich sie Zeit gehabt hätten, umzukehren. Spät nachmittags brach dann ein furchtbarer Schneesturm los. Im Heulen des Sturmes wurden Hilferufe der Touristen gehört. Eine Rettungsmannschaft, die von der Gruttenhütte abging, konnte kaum vorwärtskommen. Als das Unwetter vorüber war, sah man, wie die drei Touristen in den sechsten, den letzten Turm vor dem Ellmauer Haltgipfel einstiegen. Sie hofften wahrscheinlich vor Einbruch der Nacht noch die Schutzhütte zu erreichen. Inzwischen war aber bereits die Dunkelheit hereingebrochen. Die Hilfsexpedition nahm an, daß die Bergsteiger ihr Ziel noch erreicht hätten. Als aber am andern Tag bis früh zehn Uhr niemand von der Partie zurückkam, ging eine Rettungsmannschaft neuerdings auf die Suche und fand am sechsten Turm des Kopftörlgrates die Leichen eng aneinandergeschmiegt auf. Die Touristen waren erfroren. Sie konnten noch nicht heruntergebracht werden, da der Schneesturm unvermindert heftig andauerte und die Schneegrenze bereits bis zur Gruttenhütte herabreichte.

Ein Zehnzeilendrama, wie es sich im Kaisergebirge leider nur zu oft ereignete! Man nannte ihn nicht umsonst „Wilder Kaiser" . . . Jahr um Jahr forderte er seine Opfer. Hier fanden die besten Felsgeher die Kletterwände, die zu den schwierigsten Tirols zählen: Totenkirchl-Westwand, Predigtstuhl-Westwand, Fleischbank-Ostwand.

Hier probten die Jungen aus der Bergsteigergilde ihren Mut an schwerstem Fels, hier wurden die weich-geschnittenen Gesichter hart und kantig in der Gefahr und im ehernen Willen. Sieger zu bleiben in dem unerhört harten Kampf um die viele, viele hundert Meter hohen Wände. Und so mancher, der im Ungestüm seiner Jugendkraft die Schwierigkeiten unterschätzte, war — wenn er überhaupt wiederkehrte — schweigsam und in sich gekehrt zurückgekommen, mit seltsam ernsten Augen, die den Tod im Fels gesehen hatten.

Vidor entzündete sich gleichmütig eine Zigarette. Was machten die Leute für Aufhebens mit den drei Erfrorenen!

Er blies den Rauch zur geschwärzten Decke, dachte: Die haben's gut, die haben nun Ruhe . . .

Ein von Hinterbärenbad heraufgekommener Tourist entfaltete die neueste Münchener Zeitung. Vidor stand auf, zahlte seinen Sprudel und stapfte davon. Morgen schon würde in den Zeitungen stehen: An der Kampenwand wurde von fallendem Gestein erschlagen der Münchener Ingenieur Eberhard Kerkhoff . . .

Nach zweistündigem Suchen hatte Vidor die Jagdhütte gefunden. Die Dunkelheit senkte sich schon herab, als er sich häuslich einrichtete. Es gab Proviant genügend. Frisches Brot hatte er sich vom Stripsenjoch mitgebracht. In einer Luke fand der Eindringling sogar einige Flaschen Rotwein.

„So primitiv habe ich seit langer Zeit nicht gewohnt", lachte Vidor, als er sich todmüde auf die Matratze streckte.

Nun, einige Tage mußte es gehen. Jetzt war faule Zeit im Geschäft, da wurde man nicht vermißt. Von hier aus konnte man in wenigen Stunden nach Kufstein hinab und von da mit dem Schnellzug nach Innsbruck.

Innsbruck!

Donnerwetter nochmal! Wenn man nur erst den großen Auftrag in der Tasche hätte! Dann konnte man etwas unternehmen, dann hatte man wieder Geld auf dem Konto und brauchte nicht mehr zu vegetieren wie ein Handwerksbursche. Und wenn die Geschichte mit Kerkhoff Weiterungen haben sollte, konnte man nach Südamerika abkratzen. Dort wartete Alois Schönbrunner schon lange auf seinen Freund Vidor. Wie oft hatte er ihm geschrieben, da drüben in Rio sei auch heute noch ein gutes Betätigungsfeld für Elektrotechnik! Ueber kurz oder lang wurde diese Auswanderungsfrage ohnedies akut, denn im alten Europa waren Gewinn bringende Geschäfte nur noch selten abzuschließen.

Flüchtig mußte der Schläfrige noch an Ursula Josephy denken. Die konnte er doch nicht so leicht vergessen, wie er geglaubt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg